

1. Teil: Das Verhältnis des IStGH zum Sicherheitsrat aus Sicht des Römischen Statuts

1. Kapitel: Rechte und Pflichten von IStGH und Sicherheitsrat gemäß dem Römischen Statut

Bei den Normen, die Rechte und Pflichten für IStGH und Sicherheitsrat in deren Verhältnis zueinander vorsehen, handelt es sich um Art. 13 lit. b) (A.), 16 (B.), 87 (C.) und 5 Abs. 2 RS (D.).

A. Unterbreitungsrecht des Sicherheitsrats (Art. 13 lit. b) RS)

Art. 13 lit. b) RS lautet:

Der Gerichtshof kann in Übereinstimmung mit diesem Statut seine Gerichtsbarkeit über ein in Artikel 5 bezeichnetes Verbrechen ausüben, wenn

[...]

b) eine Situation, in der es den Anschein hat, dass eines oder mehrere dieser Verbrechen begangen wurden, vom Sicherheitsrat, der nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen tätig wird, dem Ankläger unterbreitet wird [...].²¹

Art. 13 RS betrifft die Anforderungen an die Einleitung von Ermittlungen durch den Ankläger des IStGH. Dabei überträgt Art. 13 lit. b) RS dem Sicherheitsrat das Recht, solche Ermittlungen zu initiieren. Während der Vorbereitungen des Römischen Statuts war ein Unterbrei-

²¹ Gemäß Art. 128 RS erlangen die Normen des Römischen Statuts Verbindlichkeit nur im arabischen, chinesischen, englischen, französischen, russischen und spanischen Wortlaut. Dem besseren Verständnis im Rahmen einer deutschen Arbeit halber wurde hier dennoch die deutsche Fassung gewählt. Soweit im Fortlauf der Arbeit Schwierigkeiten bei der Auslegung einer Norm auftauchen, wird auf die verbindliche englische Fassung zurückgegriffen.

tungsrecht des Sicherheitsrats umstritten. Sahen die Befürworter darin die Möglichkeit, durch eine attraktive Alternative für den Sicherheitsrat *Ad hoc*-Tribunale in Zukunft zu verhindern,²² argumentierten andere, dass dies die Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und moralische Autorität des IstGH untergraben würde.²³ Auf der Rom-Konferenz unterstützten letztlich die meisten Staaten die erste Ansicht,²⁴ auch unter Hinweis darauf, dass die Rechtsgrundlage dieses Verweisrechts bereits in der VN-Charta selbst angelegt sei, was man daran sehe, dass der Sicherheitsrat auch *Ad hoc*-Tribunale errichten dürfe.²⁵

Kein Konsens ließ sich zunächst hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dieses Rechts finden. Der Entwurf der Völkerrechtskommission für das Statut eines internationalen Strafgerichtshofs von 1994 (*ILC Draft Statute for an International Criminal Court*)²⁶ spiegelte zunächst die Wünsche insbesondere der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats wider, die dem Sicherheitsrat ein exklusives, oder zumindest vorrangiges Einleitungsrecht von Ermittlungen zugestehen wollten. So enthielt Art. 23 Abs. 3 des Entwurfs der Völkerrechtskommission eine Passage, wonach der IstGH nur dann tätig werden durfte, wenn nicht gleichzeitig der Sicherheitsrat mit der Angelegenheit befasst war. Diesem weitgehenden Vorschlag folgte die Rom-Konferenz aber nicht und gestand

²² *Manoush H. Arsanjani*, The Rome Statute of the International Criminal Court, AJIL 93 (1999), 22 (28)

²³ *Sharon A. Williams/William A. Schabas*, Article 13, in: Otto Triffterer (Hrsg.), Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes, Article by Article, 2008, 563 (566 Rn. 8).

²⁴ *Christoph Junck*, Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998, 2006, Rn. 525.

²⁵ *Luigi Condorelli/Santiago Villalpando*, Referall and Deferral by the Security Council, in: Antonio Cassese/Paola Gaeta/John R.W.D. Jones (Hrsg.), The Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary, Bd. I, 2002, 627 (630).

²⁶ Die Völkerrechtskommission war im November 1992 von der GV damit beauftragt worden, ein Statut für einen internationalen Strafgerichtshof auszuarbeiten, operativer § 6 A/RES/47/33 vom 25. November 1992. Ausführlich dazu *Daniel Heilmann*, Die Effektivität des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Rolle der Vereinten Nationen und des Weltsicherheitsrates, 2006, 43.

dem Sicherheitsrat nur ein Ermittlungseinleitungsrecht *neben* dem des Anklägers und der Vertragsstaaten zu.

Gemäß Art. 53 Abs. 2 RS, wonach der Ankläger den nach Art. 13 lit. b) RS handelnden Sicherheitsrat zu informieren hat, wenn er zu dem Schluss gelangt, „dass es für eine Strafverfolgung keine hinreichende Grundlage gibt“, ²⁷ behält der Ankläger – als Instanz, die über die Aufnahme von Ermittlungen entscheidet – auch dann seine Unabhängigkeit, wenn der Sicherheitsrat Situationen unterbreitet. ²⁸ Wie allen anderen Parteien, denen einen Unterbreitungsrecht zusteht, steht auch dem Sicherheitsrat dann gemäß Art. 53 Abs. 3a), 2. Alt. RS die Möglichkeit offen, die Entscheidung des Anklägers von der Vorverfahrenskammer überprüfen zu lassen.

Damit stellt Art. 13 lit. b) RS klar, dass der Sicherheitsrat – unter Kapitel VII VN-Charta – ²⁹ Ermittlungen des Anklägers einleiten kann. Allerdings sagt Art. 13 lit. b) RS nichts ausdrücklich darüber aus, wie genau der Sicherheitsrat dieses Recht ausüben darf bzw. muss.

²⁷ *Gabriel H. Oosthuizen*, Some Preliminary Remarks on the Relationship between the Envisaged International Criminal Court and the UN Security Council, NILR XLVI (1999), 313 (324); *Michael E. Kurth*, Das Verhältnis des Internationalen Strafgerichtshofes zum UN-Sicherheitsrat. Unter besonderer Berücksichtigung von Sicherheitsratsresolution 1422 (2002), 2006, 66.

²⁸ Vgl. Art. 42 Abs. 1 RS: „Die Anklagebehörde handelt unabhängig als selbständiges Organ des Gerichtshofs. [...]“. Dazu *Dan Sarooshi*, The Peace and Justice Paradox: The International Criminal Court and the UN Security Council, in: Dominic McGoldrick/Peter Rowe/Eric Donnelly (Hrsg.), The Permanent International Criminal Court. Legal and Policy Issues, 2004, 95 (98); *Michael E. Kurth*, Das Verhältnis des Internationalen Strafgerichtshofes zum UN-Sicherheitsrat. Unter besonderer Berücksichtigung von Sicherheitsratsresolution 1422 (2002), 2006, 65; vgl. auch *James Crawford*, Current Development: the Forty-Fifth Session of the International Law Commission, AJIL 88 (1994), 134 (146 f.); *Crawford* bezieht sich zwar auf den Statutsentwurf der Völkerrechtskommission aus dem Jahre 1994, doch inhaltlich ist seine Aussage auf das Römische Statut von 1998 übertragbar.

²⁹ Die Forderung eines Handelns unter Kapitel VII VN-Charta wird im 8. Kapitel erläutert.

I. Gerichtsbarkeitsbeschränkungen im Rahmen von Sicherheitsrats-Unterbreitungen

Eine erste Frage, die sich im Rahmen des Unterbreitungsrechts des Sicherheitsrats gemäß Art. 13 lit. b) RS stellt, ist die, ob der Sicherheitsrat aus Sicht des Römischen Statuts seine Unterbreitungen in irgendeiner Weise beschränken darf. Eine solche Beschränkung ist in zeitlicher, örtlicher und personeller Hinsicht, aber auch in Bezug auf den Verbrechenkatalog des Art. 5 RS (jeweils sowohl zeitgleich mit der eigentlichen Unterbreitung als auch nachträglich) vorstellbar.

Während der Wortlaut von Art. 13 lit. b) RS – „Situation“ – *zeitliche* und/oder *örtliche* Beschränkungen ermöglicht,³⁰ findet sich im Römischen Statut für die Befugnis, eine Unterbreitung nachträglich zu beschränken, keine Grundlage. Insbesondere Art. 16 RS ermöglicht lediglich einen vorübergehenden Aufschub der Strafverfolgung durch den IStGH, nicht die dauerhafte Beschränkung einer Unterbreitung. Hingegen schließt der Begriff der Situation eine Befugnis des Sicherheitsrats, Unterbreitungen *personell* zu beschränken oder bestimmte Verbrechenstatbestände von der Unterbreitung auszunehmen, aus. Hinsichtlich der Befugnis zu personellen Beschränkungen ergibt sich dies auch aus der Entstehungsgeschichte. So wurde die Frage, ob der Sicherheitsrat dem IStGH einzelne Personen unterbreiten oder vom Anwendungsbereich einer Unterbreitung ausnehmen kann, im Zuge der Verhandlungen des Römischen Statuts ausgiebig diskutiert. Der erste Vertragsentwurf der Völkerrechtskommission (*ILC Draft Statute for an International Criminal Court*) von 1993³¹ sah z.B. die Befugnis des Sicherheitsrats vor, dem IStGH einzelne Fälle (*cases*) und damit auch ein-

³⁰ Eine Situation definiert sich durch zeitliche und örtliche Kennzeichen, *Philippe Kirsch/Darryl Robinson*, Referral by States Parties, in: Antonio Cassese/Paola Gaeta/John R.W.D. Jones (Hrsg.), *The Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary*, Bd. I, 2002, 619 (625).

³¹ Die Völkerrechtskommission hatte 1992 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Entwurf eines Statuts eines internationalen Strafgerichtshofs ausarbeiten sollte. Das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe, das *ILC Draft Statute for an International Criminal Court*, wurde ohne formelle Annahme durch die Völkerrechtskommission direkt an die GV weitergeleitet, *James Crawford*, The Work of the International Law Commission, in: Antonio Cassese/Paola Gaeta/John R.W.D. Jones (Hrsg.), *The Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary*, Bd. I, 2002, 23 (28).

zelne Personen zu unterbreiten.³² Doch auch in der Völkerrechtskommission selbst war diese Befugnis umstritten.³³ So wurde der Begriff „Fall“ bereits 1994 im zweiten Vertragsentwurf der Völkerrechtskommission (*ILC Draft Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind*)³⁴ durch den Begriff „Angelegenheit“ („matter“) ersetzt.³⁵ Da auch dieser Begriff von vielen Delegierten auf der Konferenz zu Rom noch als zu speziell angesehen und befürchtet wurde, eine Angelegenheit könne auch einzelne Fälle umfassen und somit Anlass zu politisch motivierten Anklagen bieten,³⁶ wurde auf der Konferenz schließlich auf den Begriff der „Situation“ zurückgegriffen. Somit wollten die Delegierten dem Sicherheitsrat keinesfalls das Recht zugestehen, dem IstGH einzelne Fälle und Personen zu unterbreiten.³⁷ Dies wird zuletzt auch durch die systematische Auslegung gestützt, da Art. 17 RS³⁸ – der das

³² Vgl. den Wortlaut von Art. 25 des Vertragsentwurfs der Völkerrechtskommission von 1993, *Report of the Working Group on a Draft Statute for an International Criminal Court*, in: Report of the International Law Commission on the Work of its Forty-Fifth Session (3. Mai – 23. Juli 1993), UN Doc. A/48/10, Annex, 109.

³³ *Report of the Working Group on a Draft Statute for an International Criminal Court*, in: Report of the International Law Commission on the Work of its Forty-Fifth Session (3. Mai–23. Juli 1993), UN Doc. A/48/10, Annex, 109.

³⁴ Nachdem die GV das *ILC Draft Statute for an International Criminal Court* zur Kenntnis genommen hatte (operativer § 4 A/RES/48/31 vom 4. Dezember 1993), bat sie die Völkerrechtskommission, ihre Arbeit an dem Entwurf fortzusetzen (ibid. operativer § 6). Ergebnis der Fortsetzung ihrer Arbeit war der *ILC Draft Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind*. Ausführlicher hierzu *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Bd. I/3, 2002, 1039 f.

³⁵ *Report of the International Law Commission on the Work of its Forty-Sixth Session* (2. Mai–22. Juli 1994), UN Doc. A/49/10, 85.

³⁶ *Daniela Stägel*, Sicherheitsrat und Internationaler Strafgerichtshof. Zur Abgrenzung ihrer Kompetenzen nach der Charta der Vereinten Nationen und dem Römischen Statut, 2008, 63.

³⁷ So auch *Daniela Stägel*, Sicherheitsrat und Internationaler Strafgerichtshof. Zur Abgrenzung ihrer Kompetenzen nach der Charta der Vereinten Nationen und dem Römischen Statut, 2008, 66.

³⁸ Art. 17 Abs. 2 RS lautet:

„Zur Feststellung des mangelnden Willens in einem bestimmten Fall prüft der Gerichtshof unter Berücksichtigung der völkerrechtlich anerkannten Grundsätze eines ordnungsgemäßen Verfahrens, ob gegebenenfalls eine oder mehrere der folgenden Voraussetzungen vorliegen [...]“.

Komplementaritätsprinzip beinhaltet – im Gegensatz zu Art. 13 lit. b) RS ausdrücklich den Begriff des Falles beinhaltet.

Folglich steht Art. 13 lit. b) RS der zeitlichen und/oder örtlichen Beschränkung einer Unterbreitung rechtlich nicht im Wege, gleichgültig, ob der Sicherheitsrat die Zuständigkeit für bestimmte Ereignisse besonders begründet (z.B. „Die Unterbreitung bezieht sich nur auf Ereignisse im Dezember 2004“) oder gerade ausschließt (z.B. „Die Unterbreitung bezieht sich nicht auf die Ereignisse in der Region XY“).³⁹ Nach erfolgter Unterbreitung darf der Sicherheitsrat derartige Beschränkungen hingegen nicht mehr vornehmen. In personeller Hinsicht und in Bezug auf Verbrechenstatbestände darf der Sicherheitsrat eine Unterbreitung bereits zum Zeitpunkt der eigentlichen Unterbreitung nicht beschränken.⁴⁰

II. Gerichtsbarkeitserweiterungen

Ebenso wie eine Beschränkung ist auch eine Erweiterung der Gerichtsbarkeit durch den Sicherheitsrat vorstellbar. Erweiterungen sind denkbar bezogen auf den Verbrechenkatalog und in personeller Hinsicht (1.), auf staatliche Erklärungen gemäß Art. 124 RS (2.) sowie in zeitlicher Hinsicht (3.).

1. Erweiterung in personeller Hinsicht und Erweiterungen des Verbrechenkatalogs des Art. 5 RS durch den Sicherheitsrat

Aus den gleichen Gründen, aus denen bereits eine Befugnis des Sicherheitsrats gemäß Art. 13 lit. b) RS, Unterbreitungen in personeller Hinsicht zu beschränken, abgelehnt wurde, sind unter dem Römischen Statut auch personelle Erweiterungen einer Unterbreitung unzulässig. Ebenso wenig ist es dem Sicherheitsrat nach dem Wortlaut von Art. 13

³⁹ So im Ergebnis auch *Daniela Stägel*, Sicherheitsrat und Internationaler Strafgerichtshof. Zur Abgrenzung ihrer Kompetenzen nach der Charta der Vereinten Nationen und dem Römischen Statut, 2008, 76.

⁴⁰ Zur rechtlichen Lage unter der VN-Charta siehe unten 8. Kapitel A.I., A.III.4.

RS⁴¹ unter dem Römischen Statut möglich, den IStGH zu ermächtigen, andere als im Römischen Statut genannte Verbrechen zu verfolgen. Stattdessen ist mit Art. 123 Abs. 1 S. 2 RS für die Aufnahme neuer Verbrechen ein klar strukturiertes Verfahren vorgesehen.⁴² Neben dem Wortlaut und der Systematik stützt auch die Entstehungsgeschichte dieses Ergebnis. So hatte man sich ausdrücklich gegen die Errichtung des IStGH durch eine Resolution des Sicherheitsrats entschieden, um eine so große Gestaltungsmacht des Sicherheitsrats auf die Gerichtsbarkeit wie beim Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (JStGH) und beim Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (RStGH) zu vermeiden.⁴³

2. Unterbreitung ohne Beschränkung durch Art. 124 RS

Möglicherweise ist der Sicherheitsrat aber befugt, durch eine Unterbreitung die Auswirkungen einer Erklärung nach Art. 124 RS auf den Verbrechenskatalog des Art. 5 RS auszusetzen. Art. 124 RS gibt den Vertragsstaaten das Recht, die Gerichtsbarkeit des IStGH über Kriegsverbrechen für einen Zeitraum von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Römischen Statuts auszuschließen. Art. 124 RS lautet:

Ungeachtet des Artikels 12 Absätze 1 und 2 kann ein Staat, wenn er Vertragspartei dieses Statuts wird, erklären, dass er für einen Zeit-

⁴¹ In Art. 13 RS heißt es: „Der Gerichtshof kann in Übereinstimmung mit diesem Statut seine Gerichtsbarkeit über *ein in Artikel 5 bezeichnetes Verbrechen* ausüben [...]“ (Hervorhebung hinzugefügt). Verbrechen wie der transnationale Drogenhandel, die schwere Beschädigung der Umwelt oder Terrorismus wurden auf den Vorbereitungstreffen, die das Römische Statut erarbeiteten, zwar diskutiert, auf der Konferenz in Rom schließlich aber entweder gar nicht behandelt (schwere Beschädigung der Umwelt) oder zwar angesprochen, schließlich aber nicht weiter verfolgt (Drogenhandel, Terrorismus), *Patrick Robinson*, *The Missing Crimes*, in: Antonio Cassese/Paola Gaeta/John R.W.D. Jones (Hrsg.), *The Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary*, Bd. I, 2002, 497 ff.

⁴² *Christoph Junck*, Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998, 2006, Rn. 590.

⁴³ *Daniela Stägel*, Sicherheitsrat und Internationaler Strafgerichtshof. Zur Abgrenzung ihrer Kompetenzen nach der Charta der Vereinten Nationen und dem Römischen Statut, 2008, 93 f.

raum von sieben Jahren, nachdem das Statut für ihn in Kraft getreten ist, die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs für die Kategorie der in Artikel 8 bezeichneten Verbrechen nicht anerkennt, wenn angeblich ein Verbrechen von seinen Staatsangehörigen oder in seinem Hoheitsgebiet begangen worden ist. Eine Erklärung nach diesem Artikel kann jederzeit zurückgenommen werden. [...].

Fraglich ist, ob eine Erklärung nach Art. 124 RS auch im Rahmen einer Unterbreitung durch den Sicherheitsrat Wirkung entfaltet. Man könnte argumentieren, Art. 124 RS stelle den erklärenden Staat lediglich einem Nichtvertragsstaat gleich.⁴⁴ Denn Art. 124 RS spricht grundsätzlich nur davon, dass der erklärende Staat die Gerichtsbarkeit des IStGH nicht anerkennt, nicht aber davon, dass es dem IStGH unter allen Umständen verwehrt sein sollte, die Gerichtsbarkeit über die betroffenen Kriegsverbrechen auszuüben.⁴⁵ Daraus könnte man schlussfolgern, dass die Zustimmung eines Drittstaates, auf dem Kriegsverbrechen begangen wurden, ausreicht, um einer Erklärung nach Art. 124 RS die Wirksamkeit zu nehmen. Gleiches würde dann erst recht für eine Resolution des Sicherheitsrats gelten.

Doch was die Erklärung eines Drittstaates angeht, so ist diese Auslegung mit dem Wortlaut von Art. 124 RS unvereinbar. Denn dort heißt es ausdrücklich, dass ein Staat die Gerichtsbarkeit des IStGH über Kriegsverbrechen ausschließen kann, „wenn angeblich ein Verbrechen von seinen Staatsangehörigen oder in seinem Hoheitsgebiet begangen worden ist.“ Die erste Variante umfasst auch auf fremdem Staatsgebiet begangene Verbrechen und schließt somit eine Zustimmung des fremden Staates zur Gerichtsbarkeit auch über Kriegsverbrechen aus. Zudem wurde die Ausnahmeregelung des Art. 124 RS ins Römische Statut aufgenommen, um einzelnen Staaten die Zustimmung zum Statut zu erleichtern.⁴⁶ Dies belegt die Entstehungsgeschichte.⁴⁷ Die Auslegung,

⁴⁴ *Bartram S. Brown*, U.S. Objections to the Statute of the International Criminal Court: a Brief Response, *NYUJIntlLaw&Pol* 31 (1999), 855 (876).

⁴⁵ *Andreas Zimmermann*, Article 124, in: Otto Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes*, Article by Article, 2008, 1767 (1768 f. Rn. 6).

⁴⁶ Von Art. 124 RS Gebrauch gemacht haben nur Frankreich und Kolumbien, *Andreas Zimmermann*, Article 124, in: Otto Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes*, Article by Article, 2008, 1767 (1771 Rn. 18), wobei Frankreich am 13. August 2008 seine Erklärung offiziell zurückgezogen hat, C.N.592.2008.TREATIE

wonach bereits eine einfache Erklärung eines Drittstaates ausreicht, um diese Wirkungen zu umgehen, setzt sich über diesen Zusammenhang hinweg.⁴⁸ Folglich ist die Annahme, ein Staat, der eine Erklärung nach Art. 124 RS abgibt, sei einem Nichtvertragsstaat gleichzustellen, abzulehnen.⁴⁹

Doch dieses Ergebnis bedeutet noch nicht zwangsläufig, dass dies auch für vom Sicherheitsrat eingeleitete Verfahren gilt.

Für eine Beachtungspflicht auch des Sicherheitsrats könnte man anführen, dass – anders als bei der Befreiung des Sicherheitsrats von den Voraussetzungen des Art. 12 Abs. 2 RS – das Römische Statut an keiner Stelle die Befreiung des Sicherheitsrats von den Voraussetzungen des Art. 124 RS vorsieht.⁵⁰

Dagegen spricht jedoch, dass die Befreiung des Sicherheitsrats von den Voraussetzungen des Art. 12 Abs. 2 RS auch die Befreiung von den Voraussetzungen des Art. 124 RS umfasst. Denn Art. 12 Abs. 2 RS erklärt die fehlende Anerkennung der Gerichtsbarkeit über die im Römischen Statut enthaltenen Kernverbrechen durch Vertragsstaaten für den Sicherheitsrat für unbeachtlich. Da es sich aber auch bei Art. 124 RS um die Verweigerung der Anerkennung der Gerichtsbarkeit des IStGH über (ein bestimmtes) Kernverbrechen handelt, stellt das Fehlen der

S-5 (Depositary Notification) <http://treaties.un.org/doc/Publication/CN/2008/CN.592.2008-Eng.pdf> (zuletzt abgerufen: 3. März 2010).

⁴⁷ *Andreas Zimmermann*, Article 124, in: Otto Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes, Article by Article*, 2008, 1767 (1768 f. Rn. 6).

⁴⁸ *Michael E. Kurth*, *Das Verhältnis des Internationalen Strafgerichtshofes zum UN-Sicherheitsrat. Unter besonderer Berücksichtigung von Sicherheitsratsresolution 1422 (2002)*, 2006, 100.

⁴⁹ *Jörg Meißner*, *Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof nach dem Römischen Statut*, 2003, 50; *Andreas Zimmermann*, Article 124, in: Otto Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes, Article by Article*, 2008, 1767 (1769 Rn. 8).

⁵⁰ *Michael E. Kurth*, *Das Verhältnis des Internationalen Strafgerichtshofes zum UN-Sicherheitsrat. Unter besonderer Berücksichtigung von Sicherheitsratsresolution 1422 (2002)*, 2006, 100.

Anerkennung ebenfalls keinen Hindernisgrund für den Sicherheitsrat dar.⁵¹

Dagegen spricht auch nicht das oben angeführte Argument, dass die Ausnahmeregelung des Art. 124 RS ins Römische Statut aufgenommen sei, um einzelnen Staaten die Zustimmung zum Statut zu erleichtern und eine Nichtanwendbarkeit von Art. 124 RS im Rahmen von SR-Unterbreitungen sich darüber hinweg setze. Denn Art. 124 RS wurde im Zuge der Verhandlungen in Rom insbesondere auf Druck von Frankreich, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich eingeführt,⁵² die aufgrund ihres Vetorechts innerhalb des Sicherheitsrats ohnehin keines weiteren Schutzes vor Resolutionen des Sicherheitsrats bedürfen⁵³ und somit auf den Schutz des Art. 124 RS ohne Weiteres verzichten können.

Somit entfaltet eine Erklärung nach Art. 124 RS im Rahmen von SR-Unterbreitungen keine Wirkung.⁵⁴ Dies vermeidet auch die Unstimmigkeit, dass der Sicherheitsrat dem IStGH im Bereich von Kriegsverbrechen andernfalls die Gerichtsbarkeit über Angehörige von Nichtvertragsstaaten, nicht aber über Angehörige derjenigen Staaten

⁵¹ *Andreas Zimmermann*, Article 124, in: Otto Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes, Article by Article*, 2008, 1767 (1769 Rn. 8).

⁵² *Hans-Peter Kaul*, *Das Römische Statut des Internationalen Gerichtshofs: Auf dem Weg zu einer humaneren Weltordnung unter dem Schutz des Rechts?*, 1999, 10; *Andreas Zimmermann*, Article 124, in: Otto Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes, Article by Article*, 2008, 1767 (1767 f. Rn. 2).

⁵³ *Christoph Junck*, *Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998*, 2006, Rn. 310.

⁵⁴ *Andreas Zimmermann*, Article 124, in: Otto Triffterer (Hrsg.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observer's Notes, Article by Article*, 2008, 1767 (1769 Rn. 8); *Claus Kreß*, Vor III 26, *Internationaler Strafgerichtshof*, in: Heinrich Grützner/Paul-Günther Pötz/Claus Kreß (Hrsg.), *Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen*, Dezember 2002, Rn. 16; *Christoph Junck*, *Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998*, 2006, Rn. 308. Im Ergebnis gleich, allerdings unter Verweis auf die Befugnisse des SR unter Kapitel VII VN-Charta; *Ilias Bantekas/Susan Nash/Mark Mackarell*, *International Criminal Law*, 2001, 132.

ermöglichen könnte, die eine Erklärung nach Art. 124 RS abgegeben haben.⁵⁵

3. Unterbreitung von vor Inkrafttreten des Römischen Statuts begangenen Verbrechen

Die zeitliche Gerichtsbarkeit des IStGH regelt Art. 11 RS. Dieser lautet:

1. Die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs erstreckt sich nur auf Verbrechen, die nach Inkrafttreten dieses Statuts begangen werden.
2. Wird ein Staat nach Inkrafttreten dieses Statuts dessen Vertragspartei, so kann der Gerichtshof seine Gerichtsbarkeit nur in Bezug auf Verbrechen ausüben, die nach Inkrafttreten des Statuts für diesen Staat begangen wurden, es sei denn, der Staat hat eine Erklärung nach Artikel 12 Absatz 3 abgegeben.

Fraglich ist, ob der Sicherheitsrat im Rahmen einer Unterbreitung nach Art. 13 lit. b) RS von Art. 11 RS abweichende Regelungen treffen kann. Hierbei kommt es darauf an, ob Art. 11 RS im Rahmen von Art. 13 lit. b) RS anwendbar ist.

Der Wortlaut hilft in dieser Frage nicht weiter, da Art. 13 lit. b) RS Art. 11 RS (anders als Art. 5 RS) nicht ausdrücklich für anwendbar erklärt und Art. 11 RS (anders als Art. 12 Abs. 2 RS) auch keine Ausnahme im Falle von Unterbreitungen nach Art. 13 lit. b) RS statuiert.

Betrachtet man Art. 11 Abs. 2 RS, so normiert der letzte Halbsatz die Möglichkeit für den betroffenen Staat, die Zuständigkeit des IStGH mit Hilfe einer Erklärung nach Art. 12 Abs. 3 RS zeitlich vorzuverlagern. Eine Erklärung nach Art. 12 Abs. 3 RS findet ihre Rechtsgrundlage in Art. 12 Abs. 2 RS⁵⁶ und damit in eben jenem Regime, das im Rahmen von Art. 13 lit. b) RS unumstritten keine Anwendung findet.⁵⁷ Folglich

⁵⁵ *Christoph Junck*, Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998, 2006, Rn. 309.

⁵⁶ Art. 12 Abs. 3 RS lautet in Auszügen: „Ist nach Absatz 2 die Anerkennung der Gerichtsbarkeit durch einen Staat erforderlich“ (Hervorhebung hinzugefügt).

⁵⁷ *Luigi Condorelli/Santiago Villalpando*, Referall and Deferral by the Security Council, in: Antonio Cassese/Paola Gaeta/John R.W.D. Jones (Hrsg.), *The*

ist es dem Sicherheitsrat im Fall des Art. 11 Abs. 2 RS nach dem Römischen Statut unbenommen, die Gerichtsbarkeit des IStGH auf einen Zeitpunkt vor Inkrafttreten des Statuts für den Staat vorzuverlegen. Dabei darf diese zeitliche Vorverlagerung allerdings nicht über den Zeitpunkt des allgemeinen Inkrafttretens des Römischen Statuts am 1. Juli 2002 hinausgehen. Denn Art. 11 Abs. 2 RS gewährt dem betroffenen Staat lediglich die Befugnis, die Gerichtsbarkeit des IStGH auf die Zeit vor Inkrafttreten des Römischen Statuts für den betroffenen Staat vorzuverlagern, nicht aber auf die Zeit vor Inkrafttreten des Römischen Statuts allgemein.

Aus der Nichtanwendbarkeit von Art. 11 Abs. 2 RS im Rahmen von Unterbreitungen des Sicherheitsrats kann man schließlich möglicherweise auch die Nichtanwendbarkeit von Art. 11 Abs. 1 RS schließen.⁵⁸ So könnte aus Art. 11 Abs. 2 RS eventuell gefolgert werden, dass Staaten – und damit auch der Sicherheitsrat – generell dazu befugt seien, die Gerichtsbarkeit des IStGH zeitlich vorzuverlagern.

Dem kann allerdings nicht zugestimmt werden. So enthält Art. 11 Abs. 1 RS im Gegensatz zu Abs. 2 gerade nicht die Möglichkeit eines Vertragsstaats, die zeitliche Zuständigkeit des IStGH mit Hilfe einer Erklärung nach Art. 12 Abs. 3 RS einseitig zu modifizieren.⁵⁹ Somit fehlt der im Rahmen von Art. 11 Abs. 2 RS entscheidende Hinweis auf Art. 12 Abs. 2 RS. Der diesbezügliche Hinweis in Art. 11 Abs. 2 RS ist nicht auf Art. 11 Abs. 1 RS übertragbar. Denn während Art. 11 Abs. 2 RS die Möglichkeit einer zeitlichen Vorverlagerung der Gerichtsbarkeit *innerhalb* der Grenzen des Römischen Statuts (nämlich dem 1. Juli 2002) bietet, würde eine Übertragung dieser Möglichkeit auf Art. 11 Abs. 1 RS zu einer zeitlichen Vorverlagerung der Gerichtsbarkeit *außerhalb* der Grenzen des Römischen Statuts führen. Einer solchen Lösung steht aber die Entstehungsgeschichte entgegen: So wurde während der Verhandlungen des Vorbereitungsausschusses für den Internationalen

Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary, Bd. I, 2002, 627 (636).

⁵⁸ Luigi Condorelli/Santiago Villalpando, Referall and Deferral by the Security Council, in: Antonio Cassese/Paola Gaeta/John R.W.D. Jones (Hrsg.), The Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary, Bd. I, 2002, 627 (636).

⁵⁹ Christoph Junck, Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998, 2006, Rn. 601.

Strafgerichtshof (*Preparatory Committee for the International Criminal Court*)⁶⁰ ein von Norwegen eingebrachter Entwurf, wonach der Sicherheitsrat ausdrücklich das Recht erhalten hätte, die Gerichtsbarkeit des IStGH zeitlich vor das Inkrafttreten des Römischen Statuts allgemein vorzuverlagern, nicht angenommen.⁶¹

Folglich hat der Sicherheitsrat nach dem Römischen Statut das Recht, die Gerichtsbarkeit des IStGH zeitlich vorzuverlagern – allerdings nicht über den Zeitpunkt des allgemeinen Inkrafttretens des Römischen Statuts hinaus.⁶²

Die zeitliche und/oder örtliche Erweiterung einer Unterbreitung nach bereits erfolgter Unterbreitung stellt rechtlich gesehen kein Problem dar, da der Sicherheitsrat gemäß Art. 13 lit. b) RS jederzeit befugt wäre, diese als „neue“ Situation an den IStGH zu verweisen. Dann muss es aber auch möglich sein, eine bereits unterbreitete Situation zu erweitern.

4. Ergebnis

Der Sicherheitsrat kann nach den Vorgaben des Römischen Statuts nicht die Liste der verfolgten Verbrechen erweitern. Auch darf er Unterbreitungen nicht in personeller Hinsicht erweitern. Hingegen kann er grundsätzlich die Gerichtsbarkeit des IStGH zeitlich vorverlagern – allerdings nicht über den Zeitpunkt des allgemeinen Inkrafttre-

⁶⁰ Der Vorbereitungsausschuss für den Internationalen Strafgerichtshof wurde durch die Generalversammlung mit dem Mandat eingesetzt, auf Grundlage des Entwurfs der Völkerrechtskommission für das Statut eines internationalen Strafgerichtshofs von 1994 (siehe dazu oben 1. Kapitel A.) einen weiteren Entwurf für ein solches Statut auszuarbeiten, operativer § 2 A/RES/50/46 vom 11. Dezember 1995; ausführlich dazu *Daniel Heilmann*, Die Effektivität des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Rolle der Vereinten Nationen und des Weltsicherheitsrates, 2006, 45.

⁶¹ *Tuila Neroni Slade/Roger S. Clark*, Preamble and Final Clauses, in: Roy S. Lee (Hrsg.), *The International Criminal Court: The Making of the Rome Statute*, 1999, 421 (450 Fn. 83).

⁶² So auch *Christoph Junck*, Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998, 2006, Rn. 601 ff. Zur Frage, ob der Sicherheitsrat die Gerichtsbarkeit unter Kapitel VII VN-Charta noch weiter vorverlagern kann, siehe dazu unten 8. Kapitel A.II.2.

tens des Römischen Statuts hinaus. Erklärungen nach Art. 124 RS entfalten im Rahmen von SR-Unterbreitungen keine Wirkung.⁶³ Nach erfolgter Unterbreitung darf der Sicherheitsrat die Unterbreitung jederzeit in zeitlicher und örtlicher Hinsicht erweitern.

III. Befugnis des Sicherheitsrats zur Aufhebung einer Unterbreitung

Hat der Sicherheitsrat eine Situation unterbreitet, so stellt sich die Frage, ob er befugt ist, eine Unterbreitung auch wieder zurückzunehmen.

Art. 13 lit. b) RS bezieht zu dieser Problematik keine Stellung.⁶⁴ Allerdings spricht Art. 16 RS gegen eine Aufhebungsbefugnis des Sicherheitsrats. Denn wie unten noch zu zeigen sein wird,⁶⁵ bezieht sich Art. 16 RS – also die Befugnis des Sicherheitsrats zur Unterbrechung von Verfahren vor dem IStGH – auch auf diejenigen Verfahren, die durch den Sicherheitsrat initiiert worden waren. Spräche man dem Sicherheitsrat die Befugnis zu, einer einmal vorgenommenen Unterbreitung nachträglich die Grundlage zu entziehen, würden die Grenzen von Art. 16 RS im Falle von SR-Unterbreitungen bedeutungslos.⁶⁶ Folglich sprechen die Tatsache, dass Art. 13 lit. b) RS zu dieser Thematik schweigt, sowie Art. 16 RS gegen eine Befugnis des Sicherheitsrats, eine Unterbreitung wieder zurückzunehmen.⁶⁷

⁶³ Zur rechtlichen Lage unter der VN-Charta siehe unten 8. Kapitel A.II.

⁶⁴ *Luigi Condorelli/Santiago Villalpando*, Referall and Deferral by the Security Council, in: Antonio Cassese/Paola Gaeta/John R.W.D. Jones (Hrsg.), *The Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary*, Bd. I, 2002, 627 (644).

⁶⁵ Siehe dazu unten 1. Kapitel B.I.1.

⁶⁶ *Christoph Junck*, Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Vorbedingungen und Auslösemechanismen nach dem Römischen Statut vom 17. Juli 1998, 2006, Rn. 564.

⁶⁷ Zur Frage, ob der Sicherheitsrat auf einer Grundlage außerhalb des Römischen Statuts eine Unterbreitung wieder zurücknehmen darf, siehe unten 8. Kapitel A.III.1.

Internationaler Strafgerichtshof und Sicherheitsrat der
Vereinten Nationen

Zur Rolle des Sicherheitsrats bei der Verfolgung
völkerrechtlicher Verbrechen durch den IStGH

Pichon, J.

2011, XXVI, 399 S., Hardcover

ISBN: 978-3-642-16140-7